AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 59 FREITAG, DEN 31. JULI 2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vor- prüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1293	Bodenrichtwerte zum Stichtag 31. Dezember 2014 Immobilienmarktbericht Hamburg 2015	1294
Widmung einer Wegefläche	1293		
Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Ottensen 67	1293		

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hochbahn AG hat beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den barrierefreien Ausbau der U-Bahn-Haltestelle Ohlstedt eine Plangenehmigung gemäß §28 Absatz 1 a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beantragt. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach §12 UVPG zu berücksichtigen wären. Diese Feststellung ist gemäß §3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 31. Juli 2015

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1293

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach §6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Eißendorf, Ortsteil 710, belegene Wegefläche des Weges Große Straße

auf dem Flurstück 4376 teilweise mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Es handelt sich um eine Verbreiterungsfläche im Einmündungsbereich Große Straße/Hainholzweg, die zum Ausbau der Straße in Anspruch genommen wurde.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Harburg, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 217, 21073 Hamburg, zur Einsicht für jedermann aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei oben genannter Dienststelle vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 21. Juli 2015

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1293

Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Ottensen 67

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 12 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das Gebiet östlich des Bahrenfelder Kirchenwegs zwischen der Bahntrasse im Norden und der Friedensallee im Süden den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Ottensen 67 aufzustellen (Aufstellungsbe-

schluss A08/15) und damit den bestehenden Bebauungsplan zu ändern.

Eine Karte, in der das Plangebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Bahrenfelder Kirchenweg – S-Bahntrasse – Ostgrenze des Flurstücks 3560 der Gemarkung Ottensen – Friedensallee (Bezirk Altona, Ortsteile 212, 216).

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nachnutzung des bisher als Bürostandort genutzten Areals geschaffen werden. Das derzeitige Verwaltungshochhaus entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemäßes Bürogebäude und soll daher zurückgebaut werden. Im Vordergrund steht die Entwicklung eines überwiegend dem Wohnen dienenden Quartiers im Geschosswohnungsbau mit etwa 500 Wohneinheiten. Durch die Neubebauung des Areals soll somit ein Beitrag zur Deckung des Wohnraumbedarfs in Hamburg geleistet werden. Der gemäß Vertrag für Hamburg vorgesehene Anteil von mindestens 30% öffentlich geförderten Wohnungen soll vertraglich gesichert werden.

Bei diesem Bebauungsplan handelt es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 BauGB, dem ein Vorhaben- und Erschließungsplan (einschließlich Freiflächenplan) eines privaten Vorhabenträgers zu Grunde liegt, und es wird ein Durchführungsvertrag erarbeitet.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Ottensen 67 wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Die Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Absatz 4 BauGB ist damit nicht erforderlich.

Der Flächennutzungsplan sowie das Landschaftsprogramm der Freien und Hansestadt Hamburg werden in einem Parallelverfahren geändert.

Hamburg, den 21. Juli 2015

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1293

Bodenrichtwerte zum Stichtag 31. Dezember 2014

Auf Grund von §10 der Verordnung über den Gutachterausschuss für Grundstückswerte vom 12. Mai 2009 (HmbGVBl. S. 124) wird darauf hingewiesen, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg zum Stichtag 31. Dezember 2014 gemäß §196 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), Bodenrichtwerte für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ermittelt und veröffentlicht hat.

Die Bodenrichtwerte beziehen sich auf erschlossene, anliegerbeitragsfreie Baugrundstücke oder auf land- oder forstwirtschaftlich nutzbare Grundstücke. Die zugrunde gelegte Nutzung bezeichnet nicht die rechtlich zulässige, sondern die ortsübliche typische Nutzung der Grundstücke.

Bodenrichtwerte können kostenfrei über die interaktive Bodenrichtwertkarte im Internet abgerufen werden (www.geoportal-hamburg.de/boris). Dort steht auch die Bodenrichtwert-Erläuterung zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Telefonische Bodenrichtwertauskünfte:

Telefon: 09001880999 (0,24 Euro/Min. + 25,- Euro/Auskunft aus dem deutschen Festnetz, aus dem Mobilfunknetz nicht erreichbar). Montags bis freitags 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Schriftliche Bodenrichtwertauskünfte:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg.

Hamburg, den 20. Juli 2015

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 1294

Immobilienmarktbericht Hamburg 2015

Auf Grund von § 11 der Verordnung über den Gutachterausschuss für Grundstückswerte vom 12. Mai 2009 (HmbGVBl. S. 124) wird darauf hingewiesen, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg den "Immobilienmarktbericht Hamburg 2015" veröffentlicht hat. Der 136 Seiten umfassende Bericht enthält Informationen über Umsätze und Preise von Grundstücken, Wohnungen und Häusern aus dem Jahr 2014 und lässt die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen. Außerdem sind die vom Gutachterausschuss ermittelten, für die Wertermittlung erforderlichen Daten gemäß § 193 Absatz 5 des Baugesetzbuchs enthalten. Ihm liegen Auswertungen der beurkundeten Kaufverträge zugrunde, die dem Gutachterausschuss gemäß § 195 des Baugesetzbuchs übermittelt wurden.

Der Bericht ist für 40,– Euro zuzüglich 4,– Euro Versandkosten erhältlich beim: Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Telefax: 040/427310409, E-Mail: info@gv.hamburg.de.

Hamburg, den 20. Juli 2015

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Amtl. Anz. S. 1294

Öffentliche Bekanntmachung

I.

Anordnung der vorläufigen Besitzeinweisung

In dem Unternehmensflurbereinigungsverfahren Dibbersen, Landkreis Harburg, Vf. Nr. 3 06 2377, wird hiermit auf Grund der §§65 und 66 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) Folgendes angeordnet:

- 1.a) Die Eigentümer der zum Verfahrensgebiet der Unternehmensflurbereinigung Dibbersen gehörenden Grundstücke werden nach Maßgabe der in den besonderen Überleitungsbestimmungen des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg vom 06.05.2015 festgesetzten Zeitpunkte in den Besitz der neuen Grundstücke vorläufig eingewiesen.
- b) Als maßgebender Zeitpunkt, in dem die vorläufige Besitzeinweisung im Sinne der wertgleichen Abfindung gem. §44 Abs. 1 FlurbG wirksam wird, gilt der 01.10.2015
- Die neue Feldeinteilung wird den Beteiligten im "Hotel – Restaurant Frommann", Harburger Straße 8, 21244

Buchholz/Dibbersen, zu folgenden Terminen bekannt gegeben: Dienstag, den 11.08.2015, Mittwoch, den 12.08.2015 und Donnerstag, den 13.08.2015 jeweils zwischen 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr.

Alle Teilnehmer werden hierzu persönlich geladen.

Auf Antrag der Beteiligten werden auf einem noch zu vereinbarenden Termin die neuen Grenzen vor Ort angezeigt.

Außerdem können Anträge und Belange, die im Zusammenhang mit der vorläufigen Besitzeinweisung stehen, vorgebracht werden.

- 3. Die Überleitungsbestimmungen, die den tatsächlichen Übergang in den neuen Zustand, namentlich den Übergang des Besitzes und der Nutzung der neuen Grundstücke regeln, sind zusammen mit den Nachweisen an die Beteiligten verschickt worden und liegen im Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, Adolph-Kolping-Str. 12, 21337 Lüneburg, zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus.
- 4. Gemäß §62 Abs. 1 FlurbG wird darauf hingewiesen, dass Anträge auf Leistungen von Ausgleichen nach §69 FlurbG (Nießbrauch) und auf Ausgleich und Auflösung von Pachtverhältnissen nach §70 FlurbG, entsprechend §71 Satz 3 FlurbG, spätestens bis zum 01.01.2016 (3 Monate nach der Besitzeinweisung) einschließlich bei der Flurbereinigungsbehörde Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, Adolph-Kolping-Str. 12, 21337 Lüneburg, zu stellen sind (§66 Abs. 2 FlurbG). Für die Auflösung von Pachtverhältnissen nach §70 Abs. 2 FlurbG ist nur der Pächter antragsberechtigt (§71 Satz 2 FlurbG).

Gründe:

Die nach §65 FlurbG für eine vorläufige Besitzeinweisung erforderlichen Voraussetzungen sind gegeben. Die <u>Grenzen</u> der neuen Flurstücke sind <u>in die Örtlichkeit übertragen</u>, durch Grenzzeichen (Holzpflöcke) markiert und <u>mit der Ord. Nr. des neuen Besitzers gekennzeichnet.</u>

Endgültige Nachweise für Fläche und Wert der neuen Grundstücke liegen vor.

Außerdem steht das Verhältnis der <u>Abfindung</u> zu dem von jedem Beteiligten Eingebrachten fest.

Der Vorstand der Teilnehmergemeinschaft wurde am 06.05.2015 zu den Überleitungsbestimmungen gehört.

Die Anordnung der vorläufigen Besitzeinweisung dient der <u>Beschleunigung des Verfahrens</u> und zur Vermeidung von Übergangsschwierigkeiten, die den Beteiligten durch längeres Warten auf den Eintritt des neuen Zustandes entstehen würden.

Die rechtlichen Wirkungen der vorläufigen Besitzeinweisung enden mit der <u>Ausführung des Flurbereinigungsplanes</u> (§ 66 Abs. 3 FlurbG); erst durch die Ausführung des Flurbereinigungsplanes gehen die neuen Grundstücke in das <u>Eigentum</u> der Beteiligten über (§ 61 FlurbG). Bis zum Eintritt der rechtlichen Wirkungen des Flurbereinigungsplanes kann über die alten Grundstücke grundsätzlich grundbuchmäßig noch verfügt werden. An die Stelle dieser Grundstücke treten mit der Ausführung des Flurbereinigungsplanes die neuen Grundstücke.

Durch die vorläufige Besitzeinweisung wird das Recht der Beteiligten, gegen den Flurbereinigungsplan nach § 59 FlurbG Widerspruch einzulegen, nicht berührt. Wegen eventueller Grundstücksübertragungen wird wegen der besonderen Umstände empfohlen, zuvor beim Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, Adolph-Kolping-Str. 12, 21337 Lüneburg, Auskunft über die Durchführung der beabsichtigten Verfügung einzuholen.

Hinweis:

Gemäß §27a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz wird diese öffentliche Bekanntmachung auch im Internet unter: http://www.arl-lg.niedersachsen.de eingestellt. Bitte folgen Sie dann dem Pfad "Aktuelles, Öffentliche Bekanntmachung".

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monat nach Bekanntgabe beim Amt für regionale Landesentwicklung, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, oder beim Amt für regionale Landesentwicklung, Adolph-Kolping-Straße 12, 21337 Lüneburg, schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch erhoben werden.

(S)

gez. Schwarz

II

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung der vorläufigen Besitzeinweisung wird hiermit angeordnet.

Gemäß §80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) entfällt die aufschiebende Wirkung eines Widerspruches.

Gründe:

Die sofortige Vollziehung vorstehender Anordnung der vorläufigen Besitzeinweisung erfolgt gemäß §80 Abs. 2 Nr. 4 der VwGO im öffentlichen und im überwiegenden Interesse aller Beteiligten. Wegen der bevorstehenden Bestellung der Ackerflächen und zur Beseitigung von Nachteilen, die durch den Ausbau von neuen Wegen, Gräben und landschaftspflegerischen Anlagen im Altbestand entstehen bzw. bereits entstanden sind (Zerschneidungen, Flächenverluste), ist es erforderlich, einen sofortigen Ubergang des Besitzes an den neuen Flurstücken auf die neuen Eigentümer zu gewährleisten. Verzögerungen bei der Besitzübergabe würden Verspätungen bei den notwendigen Bestellungsarbeiten und Schadensersatzanforderungen hervorrufen, die im wirtschaftlichen Interesse der Beteiligten vermieden werden müssen. Aus diesem Grunde und zur grundsätzlichen Beschleunigung des Verfahrens ist die sofortige Vollziehung der Besitzeinweisung anzuordnen.

Hinweis:

Gemäß § 80 Abs. 5 VwGO kann die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen die Anordnung der vorläufige Besitzeinweisung ganz oder teilweise wiederhergestellt werden. Der Antrag ist beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht, Uelzener Str. 40, 21335 Lüneburg, zu stellen

Lüneburg, den 20. Juli 2015

Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg
(S)
gez. Schwarz

Amtl. Anz. S. 1294

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Zentrale Vergabestelle K 5,

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Telefon: 040/42826-2631 Telefax: 040/42731-3448,

E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 20,– Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.

- d) Ausführung von Bauleistungen (Straßenbau)
- e) Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, Träger öffentlicher Belange (TöB)
- f) Vergabenummer: ÖA-K5-226/15

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Wegeflächen im Zuständigkeitsbereich der Wegeaufsichtsbehörde/unterhaltungspflichtigen Dienststellen der FHH, hier Träger öffentlicher Belange (HPA, Hamburg Wasser, Hamburger Friedhöfe), sowie nach Verlegearbeiten der Leitungsverwaltungen.

Zusammenfassung der Leistungen im Kleinvertrag Straßenbau-KLV-Bit 15–17. Ausgeschrieben werden Straßenbauarbeiten: Asphaltaufbruch, Herstellen von Fahrbahndecken aus Asphalt, Tragschichten allg. u. mit bitumenhaltigen Bindemitteln, Lieferung von Baustoffen Laufzeit vom 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017

Aus den Bietern der öffentlichen Ausschreibung werden 10 Firmen ausgewählt, die mit einem Mittelpreis beauftragt werden.

- g) Entfällt
- h) Entfällt

i) Beginn: 1. Oktober 2015Ende: 30. September 2017

- i) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Vom 23. Juli 2015 bis 14. August 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, RB/ZVA, Zimmer E 01.272,

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Telefax: 040/42731-0527

1) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20 IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05 BIC: PBNKDEFF200 Hamburg Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 19. August 2015, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Eröffnungsstelle RB5/ZVA, Zimmer E 01.421 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 19. August 2015 um 10.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Folgende Nachweise und Angaben sind mit dem Angebot vorzulegen:

Qualifikationsnachweis MVAS, ggflls. Benennung eines Nachunternehmers, Benennung eines Nachunternehmers für Einbau für elastische Reparaturmasse.

Referenzen und Geräteliste für Gußasphaltarbeiten.

ggflls Benennung eines Nachunternehmers, Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2015.
- w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsführer (GF), Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Telefax: 040/42826-2204

Hamburg, den 24. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 15 A 0271

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: +49(0)40/42842-200, Telefax: +49(0)40/42792-1200

E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: 15 A 0271 Maßnahme: 3431B1301

- BSH - Erneuerung Kücheneinrichtung

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen, Küchentechnik

e) Ort der Ausführung:

BSH, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Im Kantinengebäude soll die vorhandene Küchentechnik für die Versorgung von ca. 300 Essensteilnehmern erneuert werden. Der Transport der Küchentechnik erfolgt über die Feuerwehrzufahrt, Aufzug (Masse ca. 855 mm x 2000 mm x 1985 mm Höhe), Zuwegung über das UG (Ebene Innenhof).

Demontage von Küchentechnik (Thermik, Spülmaschine) und Arbeitstischen mit Schimmelbefall, Schimmelgutachten liegt vor, schrittweise Anlieferung/ Arbeitsunterbrechung aufgrund einer Schimmelsanie-

Lieferung und Montage von Küchentechnik (Fritteuse, zwei Kippbratpfannen, Kessel, Gasherd, Korbtransportspülmaschine, Arbeitstische und Spülen); die Geräte und Tischanlagen stehen teilweise auf bauseitigen Betonsockeln, die erhalten bleiben müssen; Kochblockmaße sind auf die Maße des bauseitigen Sockels und auf die Lage und Größe der vorhandenen Rinnen (müssen ebenfalls erhalten bleiben) abzustimmen.

Abnahme gasbetriebene Geräte durch Schornsteinfeger, vorhandene GIF Lüfungsdecke wird mit Schwerpunktabscheidern erweitert, hierdurch Arbeitsunterbrechung möglich, Schwerpunktabscheider gehören nicht zum Leistungsumfang dieser Ausschreibung, Ausführung Oktober/November 2015, Fabrikatsabfrage erfolgt im Rahmen der Angebotsaufklärung, die Wartungskosten der Küchentechnik werden in der Wertung für 4 Jahre berücksichtigt, die Verbrauchskosten werden in der Position Korbtransportgeschirrspülmaschine wie folgt abgefordert und in der Wertung für 8 Jahre berücksichtigt.

Technische Daten Leistung nach DIN 10510

Verbräuche

Elektro-Verbrauch [kWh/h] Wasserverbrauch [l/h] Füllwassermenge [1] Reinigerverbrauch [g/l] Vorgabe

min. 120 Körbe/h

3

Klarspülerverbrauch [g/l] Vorgabe Regenerationswasser [l/h]		0,5	
Kosten:			
Strom [€/kWh]	0,2		
Wasser/Abwasser [€/m³]	5		
Reiniger [€/kg]	3		
Klarspüler [€/kg]	4		
Dauer Erstfüllung/			
Aufheizen [h]	0,5		
Kosten Erstfüllung [€]			
bei 0,5 h Aufheizzeit		0,00	
Strom		0,00	
Wasser		0,00	
Reiniger		0,00	
Kosten Betrieb		,	
pro Betriebsstunde [€/h]		0,00	
Strom		0,00	
Wasser		0,00	
Reiniger		0,00	
Klarspüler		0,00	
Laufzeit/d [h]	2	,	
Kosten bei x h Laufzeit			
inkl. Erstfüllung [€/d]		0,00	
Jährliche Verbrauchskosten		•	
(254 Arbeitstage/a [€]		0,00	
Verbrauchskosten 8 Jahre		0,00	

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung:

7. Werktage nach Auftragsschreiben

Fertigstellung der Leistung: 28. November 2015

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a)

Bewerbungsschluss: 13. August 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 19. August 2015

Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform und DVD:

Höhe der Kosten: 10,- Euro Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Woh-

nen, siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1027210333, BLZ: 20050550,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333 BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0271

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden,

 auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

 o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

9. September 2015, 10.00 Uhr Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften: selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß §6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 9. Oktober 2015
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: +49/(0)40/42842-450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV): Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 27. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – 613

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40 Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Laura Gerlitz

Telefon: +49/040/42823-6328 Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Grundschule Hasenweg 40, 22393 Hamburg, diverse hochbauliche Gewerke.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hasenweg 40, 22393 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Grundschule Hasenweg 40, 22393 Hamburg

3. BA – Sanierung Sporthalle und Anbau Gymnastikhalle

Sanierung und Umbau einer Einfeldsporthalle inklusive energetischer Sanierung der Fassaden, Austausch Fenster, Türen und Dach, Erneuerung der Sanitärbereiche, Austausch des Sportbodens, sowie Anbau einer Gymnastikhalle inklusive der dazugehörigen Nebenräume.

Hier

- Los 1 Rohbauarbeiten
- Los 2 Abbrucharbeiten
- Los 3 Trockenbauarbeiten
- Los 4 Gerüstbauarbeiten
- Los 5 Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten
- Los 6 Metallbauarbeiten
- Los 7 Tischlerarbeiten Innentüren
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja Angebote sind möglich für alle Lose.

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert über alle Lose auf ca. 613.500,– Euro inklusiveNebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 613.500,- Euro.

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 10 Tage nach Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: -
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

- III.2) Teilnahmebedingungen
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014).
- gültige Freistellungsbescheinigung
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 3 Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) Zuschlagskriterien
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
 Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
 Nein
- IV.3) Verwaltungsangaben
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 28-15 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 7. September 2015.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro pro LOS

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg IBAN: DE 25 00000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 28-15 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Bitte beachten: Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

8. September 2015, 10.10 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 8. September 2015

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/

Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/40/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2) oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß §107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auf-

traggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland

Telefax: +49/40/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 21. Juli 2015

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Grundschule Hasenweg 40, 22393 Hamburg, diverse hochbauliche Gewerke.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Rohbauarbeiten

1) Kurze Beschreibung: Rohbauarbeiten

Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45223220

- 3) Menge oder Umfang:
 - Erdarbeiten 740 t
 - Fundamente 25 m³
 - Stb.-Sohle 70 m³
 - Stb.-Halbfertigteilwände 85 m³
 - Stb.-Halbfertigteildecke 20 m³
 - Fertigteil-Wandpfeiler 8 St
 - Fertigteil-Binder 2 St.
 - Filigrandecke 125 m²
 - KS-Mauerwerk 180 m²

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 225.500,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015 bis Dezember 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Abbrucharbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: Abbrucharbeiten
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45110000

3) Menge oder Umfang:

Abbruch:

- Wand- und Bodenfliesen 185 m²
- Innenwände (Leichtbau/Massiv) 25 m²
- Montagewände 7,5 m²
- Fußbodenaufbau 50 m²

- Innentüren 32,5 m²
- Deckenabhängung 440 m²
- Demontage Einbauten 16 Stk.
- Demontage Metallfenster

35,5 m², Oberlichter 10 Stk.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 23.000,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 1 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr.3

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Trockenbauarbeiten
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45324000

- 3) Menge oder Umfang:
 - 85 m² Innenwände
 - 50 m² Vorsatzschalen
 - 161 m² Decken

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 260.00,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 5 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr.4

Bezeichnung: Gerüstbauarbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: Gerüstbauarbeiten
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45262100

- 3) Menge oder Umfang:
 - 1.100 m² Fassadengerüst

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 27.500,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015 bis Mai 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 11.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr.5

Bezeichnung: Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45261000

3) Menge oder Umfang:

- Abbruch Dachaufbau und Tragschale 455 m²
- Dachaufbau 303 m²
- Dachtragschale 610 m²
- Foliendach 990 m²
- Oberlichter 4 Stk

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 184.000,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015 bis Mai 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 13.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr.6

Bezeichnung: Metallbauarbeiten

- 1) Kurze Beschreibung: Metallbauarbeiten
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45262670

- 3) Menge oder Umfang:
 - 3 Stk. Aluminiumelementtüren
 - 19 Stk. Aluminiumfenster
 - 24 m² Demontage Fenster u. Türen

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 104.500,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 7 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2015 bis Mai 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 13.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr.7

Bezeichnung: Tischlerarbeiten Innentüren

- 1) **Kurze Beschreibung:** Tischlerarbeiten Innentüren
- Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45420000

- 3) Menge oder Umfang:
 - 15 Stk Innentüren mit Zarge
 - 12 Stk Türblätte

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 23.000,- Euro

4) Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:

Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Februar 2016 bis April 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 8. September 2015 um 14.10 Uhr in Raum 004

614

Hamburg, den 21. Juli 2015

Die Finanzbehörde

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Iris Peters Telefon: +49/040/42823-2731 Telefax: +49/040/42823-1364

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

www.ausschreibungen.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichenDialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Evaluierung des Operationellen Programms der Freien und Hansestadt Hamburg für den Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2014-2020.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 11

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

> Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration plant den Abschluss eines Vertrages zur Durchführung von Evaluierungsmaßnahmen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in Hamburg in der Förderperiode 2014-2020. Der Vertragsschluss soll zum 1. Januar 2016 erfolgen. Das förmliche Ausschreibungsverfahren für diese Ausschreibung wird durch die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt. Gegenstand der Leistung ist die begleitende Umsetzung des Bewertungsplans (http:// www.esf-hamburg.de/contentblob/4543572/data/ bewertungsplan-zum-esf-op.pdf) zum Operationellen Programm (OP) (http://www.esf-hamburg. de/contentblob/4394282/data/operationelles-programm-fuer-hamburg-2014-2020.pdf) der Freien und Hansestadt Hamburg für den Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2014-2020. Diese Förderperiode ist verstärkt ergebnisorientiert ausgerichtet und die Erfolgskontrolle erhält eine noch größere Bedeutung als in der Förderperiode 2007-2013. Monitoring und Evaluierung dienen der Verbesserung der Qualität der Gestaltung und der Umsetzung des Programms, aber auch der Bewertung der Wirksamkeit, der Nützlichkeit und der Angemessenheit.

> Im Verlauf der ESF-Förderperiode 2014-2020 sollen in Hamburg zwei Programmevaluationen von externen Experten durchgeführt werden. Für diese Programmevaluationen wird jeweils ein Zeitvolumen von bis zu 12 Monaten eingeplant und ein Mittelvolumen jeweils von bis zu 110.000 Euro brutto vorgehalten. Wegen inhaltlicher Überschneidungen sind die Programmevaluationen zeitlich eng mit der Erstellung der beiden ausführlichen Jährlichen Durchführungsberichte zu koordinieren. Die Ergebnisse der Programmevaluationen müssen somit spätestens zum Juni 2017 und zum Juni 2019 vorliegen. Über die beiden Programmevaluationen hinaus sollen bis zu fünf thematische Evaluationen im Verlauf der Förderperiode 2014-2020 vergeben werden. Für diese thematischen Evaluationen wird ein Zeitvolumen von jeweils bis zu sechs Monaten eingeplant und ein Mittelvolumen jeweils von bis zu 40.000 Euro brutto vorgehalten.

> Der Zeitraum der Leistungserbringung umfasst die Jahre 2016 bis 2020.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 79419000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Die Leistung wird für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2020 ausgeschrieben. Eine Verlängerung ist nicht vorgesehen. Es ist beabsichtigt, in diesem Zeitraum 2 Programm-

evaluationen und bis zu 5 thematische Evaluationen erstellen zu lassen.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 353000,- Euro.

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 1. Januar 2016 Abschluss: 31. Dezember 2020.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: -
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zahlungen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Die Bildung von Bietergemeinschaften ist zulässig. Im Angebot ist in diesem Fall darzustellen, welche Teilleistungen durch welche Unternehmen erbracht werden sollen und wie die Zusammenführung der Teilergebnisse erfolgen soll. Der bevollmächtigte Vertreter, der die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, ist zu benennen. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch. Sämtliche durch einen Bieter zu erbringenden Nachweise und Erklärungen sind durch jeden Beteiligten der Bietergemeinschaft vollständig zu erbringen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Die Bewerber dürfen im Auftragszeitraum nicht anderweitig Begünstigte des Operationellen Programms der Freien und Hansestadt Hamburg in der ESF-Förderperiode 2014-2020 sein.

- III.2) Teilnahmebedingungen
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtli-

chen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in

Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Hinweis für Bietergemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Im Falle von Bietergemeinschaften sind die Eignungsanforderungen der Fachkunde und Leistungsfähigkeit (siehe Ziffer III.2.2 und III.2.3) an das Konsortium in seiner Gesamtheit anzulegen. Das bedeutet, es ist grundsätzlich ausreichend, wenn ein oder mehrere Mitglieder die geforderten Nachweise beibringen und damit das gesamte Leistungsspektrum abdecken. Fehlende Unterlagen können zum Ausschuss führen.

Einzureichende Unterlagen:

- 1.1. Anschreiben mit Darstellung der Unternehmens- und Eigentümerstruktur, die grundsätzlich angebotenen Leistungen (Leistungsspektrum) sowie Ansprechpartner/in für den Auftrag samt Kontaktdaten (Tel.-/Faxnummer, E-Mail-Adresse, Adresse).
- 1.2. Namen und berufliche Qualifikationen der Personen, die im Falle der Zuschlagserteilung für den Auftrag zuständig sein werden (Ansprechpartner).
- 2. Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderenzusammenarbeitet/geplante Kooperationspartner, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen. (Nachweis Letter of Intent)
- 3. Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- 4. unterschriebene Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach §150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert,
- 5. Unterschriebene Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz,
- 6. Falls zutreffend: Unterschriebene Erklärung Bietergemeinschaft,
- 7. Unterschriebene Erklärung zur Nichtanwendung der "Scientology" Technologie von L. Ron Hubbard.

Hinweis

Die erforderlichen Vordrucke für Ziffer 4 bis 7 sind bis zu 24 Stunden vor Ende der Teilnahmefrist über die E-Mail Adresse "mailto:ausschreibungen@fb.hamburg.de" ausschreibungen@fb.hamburg.de oder per Telefax unter +49/040/42823-1364 abzufordern und mit dem Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- 8. Angaben über den Gesamtumsatz des Unternehmens der letzten drei Geschäftsjahre.
- 9. Eigenerklärung, das eine Haftpflichtversicherung besteht oder im Falle der Zuschlagserteilung abgeschlossen wird, Mindestdeckungshöhe ie
- Personenschäden: 500000 Euro,
- Sach- und Vermögensschäden: 500 000 Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme betragen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Bewerber müssen zum Nachweis ihrer Fachkunde und Leistungsfähigkeit folgende Darstellungen bzw. Unterlagen beifügen:

- 10.1 Auflistung und Darstellung von Referenzprojekten, v.a. aus den letzten drei Jahren, mit Angabe von Leistungsumfang, Auftragsvolumen, Leistungszeit, und öffentlichem/privatem Auftraggeber (mit Ansprechpartner und Kontaktangaben).
- 10.2 Daraus mindestens zwei vom Bewerber ausgewählte repräsentative Referenzen mit konkreten Beschreibungen der dabei erbrachten Leistungen sowie Angabe der Kontaktdaten (Name, Anschrift, Telefonnummer) der Ansprechpartner beim betreffenden Auftraggeber der jeweiligen Leistung.
- 10.3 Erklärung darüber, inwieweit die Evaluationsstandards der Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) oder andere Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung Berücksichtigung finden.
- 11.1 Darstellung der für die Dienstleistung verantwortlichen Projektleitung inkl, Angabe von Qualifikationen und Referenzen sowie Aussagen zu seinen/ihren berufspraktischen, auftragsspezifischen Erfahrungen.
- 11.2 Namentliche Benennung (Eigenerklärung) eines Projektteams (Kernteam), welches die ausgeschriebenen Leistungen verantwortlich durchführt sowie Benennung der voraussichtlichen Zuständigkeit.

Jedes Teammitglied ist auf max. einer Seite mit folgenden Angaben darzustellen:

- Name, Zuständigkeit im Projektteam, berufliche Ausbildung (Studium/Ausbildung),
- von allen mit dem Auftrag beschäftigten Mitarbeitern des Auftragnehmers und ggfs. Unterauftragsnehmern werden sehr gute Deutschkenntnisse erwartet, falls nicht Muttersprachler mindestens Niveaustufe C1 GER (eine entsprechende Eigenerklärung ist vorzulegen).
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Maßgebend für die Auswahl ist neben der Erfüllung aller formalen Anforderungen/Kriterien sowie der grundsätzlichen Eignung die erreichte Bewertung. Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden die drei bis fünf Teilnahmeanträge mit den höchsten Bewertungen. Folgende Kriterien werden hierzu bewertet:

- Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen mit dem vorliegenden Projekt. Dabei wird eine Referenz als umso vergleichbarer beurteilt, je stärker sich das Referenzprojekt und das vorliegende Projekt ähneln. Die Ähnlichkeit bestimmt sich insbesondere nach den Erfahrungen mit Tätigkeiten in Zusammenhang mit der Umsetzung Operationeller Programme des Europäischen Sozialfonds. (Gewichtung 50%).
- Zusätzlich positiv bewertet wird, wenn der vorgesehene Projektleiter und die vorgesehenen Mitglieder des Projektteams an der Referenz beteiligt war. (Gewichtung 30%).
- Inwieweit werden die Evaluationsstandards der Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) oder andere Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung berücksichtigt. (Gewichtung 10%).
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen bzw. Institutionen der Freien und Hansestadt Hamburg (Nachweis durch Referenzprojekte) (Gewichtung 10%).
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Ja

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) Verwaltungsangaben
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2015000091
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 24. August 2015, 10.00 Uhr.

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:25. August 2015, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: -
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Ja Operationelles Programm ESF Hamburg 2014-2020

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Es handelt sich vorliegend um einen Teilnahmewettbewerb, so dass noch kein Angebot einzureichen ist, sondern nur ein Teilnahmeantrag mit den unter Ziff. III.2) genannten Unterlagen. In einem ersten Verfahrensschritt wird anhand des Teilnahmeantrags die Eignung der Bewerber geprüft. Die geeigneten Bewerber werden anschließend in einem zweiten Verfahrensschritt zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

- Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform mit der ergänzenden Angabe "Teilnahmeantrag 201500091" bei der unter I.1) angegebenen Kontaktstelle (Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg) händisch unterschrieben einzureichen und müssen zwingend eine elektronische Zustelladresse (EMail-Adresse) enthalten.
- Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenwege einzureichen, Teil-

nahmeanträge die per Fax oder E-Mail eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

- Die unter III.2.1) zu nutzenden Vordrucke/ Eigenerklärungen sind rechtzeitig (spätestens 24 Stunden) vor Ende der Teilnahmefrist über die Email-Adresse: ausschreibungen@ fb.hamburg.de oder per Fax unter +49/040/42823-1364 abzufordern und mit den Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.
- Die Finanzbehörde behält sich vor, von den Bewerbern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigungen (Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Bestätigung des Versicherers usw.) in aktueller Fassung abzufordern.
- Fragen sind per E-Mail oder Fax an die in Ziffer I.1) ersichtliche Kontaktstelle bis zu 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist (18. August 2015, 10.00 Uhr) zu richten. Danach eingehende Fragen werden nicht mehr berücksichtigt.
- Bietergemeinschaften haben in dem Antrag sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Auftragsvergabe haften die Bietergemeinschaften gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter Punkt III.2.1 und III.2.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.
- Sofern sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmersberuft, hat er die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragnehmer.
- Der Vertrag unterliegt dem Geltungsbereich des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Telefon: +49/040/42823-1448 Telefax: +49/040/42823-2020

E-Mail: Dieter.Carmesin@fb. hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß § 107 Abs. 3 S. 1Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 107 Abs. 3 S. 1GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- Verstöße gegeben Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggeber, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2 § 101 a Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde Postanschrift: Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,

Telefax: +49/040/42823-2020 E-Mail: dieter.carmesin@fb. hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 22. Juli 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –
- II) Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –
- III) Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind

Offizielle Bezeichnung: Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftszimmer, Zimmer 100

E-Mail:

finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

http://www.ausschreibungen.hamburg.de

Hamburg, den 22. Juli 2015

051105ks

Die Finanzbehörde

615

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 15 A 0261

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: +49(0)40/42842-200, Telefax: +49(0)40/42792-1200

E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: 15 A 0261

Heizung, Lüftung und Gebäudeautomation

Maßnahme: 61201 K 1301

Herrichtung von Arbeitsräumen des Kriminaltechni-

schen Dienstes

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur

Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Bundespolizei Hamburg, Wilsonstraße 53 b, 22043 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Los 1.: Heizungstechnik als Versorgung für die Zuluftanlage.

Los 2.: Zuluftgerät für 2 Laborräume mit WRG aus Abluft. Drei Abluftventilatoren für Digestorien, Raumabluft und Einzelabsaugung Lagerschrank. Lieferung und Montage der Luftleitungen durchs Gebäude, am Gerät und in den Decken. Lieferung von zehn Brandschutzklappen.

Los 3.: Lokales System zur Überwachung und Steuerung der gesamten Lüftungstechnik.

Wartungsvertrag für alle 3 Gewerke. Die Vergabe erfolgt an das Gewerk Lüftung.

- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 38. Kalenderwoche 2015 Fertigstellung der Leistung: 30. November 2015

- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 10. August 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 13. August 2015

 Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform: Höhe der Kosten: 18,– Euro Zahlungsweise: Banküberweisung Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1027210333, BLZ: 20050550,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333 BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0261

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch
- q) Angebotseröffnung:

3. September 2015, 10.00 Uhr Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zustän-

Druckerei und Verlag Rondenbarg 8 22525 Hamburg

Freitag, den 31. Juli 2015

Amtl. Anz. Nr. 59

1308

diger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß §6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. Oktober 2015
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: +49/(0)40/42842-450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 23. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – 616

Öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei –, schreibt im Wege des offenen Verfahren gem. § 3 EG VOL/A den Abschluss von Rahmenvereinbarungen über den Kauf von Nutzfahrzeugen (Nfz) und Lastkraftwagen (Lkw) aus:

Rahmenvereinbarungen über den Kauf von verschiedenen Nutzfahrzeugen und Lastkraftwagen.

Ablauf der Angebotsfrist: 1. September 2015, 15.00 Uhr

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen sind auf der Internetseite www.hamburg.de (Suchbegriff: "polizeiausschreibungen") hinterlegt.

Hamburg, den 23. Juli 2015

Die Behörde für Inneres und Sport – Polizei –

617

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung der Hamburger Wasserwerke GmbH

Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 44/15

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 500 m Leitungen in der Waidmannstraße in Altona

und zwar 130 m DN 100 GGGZmPE

70 m DN 400 GGGZmPE

Geplanter Ausführungsbeginn: Oktober 2015

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W2 ge, pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 3. August 2015 bis zum 18. August 2015 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,— Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/7888-184994) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, IBAN: DE03 2105 0000 0100 9090 00, BIC: HSHNDEHHXX, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 25. August 2015 um 9.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 24. Juli 2015

Hamburger Wasserwerke GmbH

618

Gläubigeraufruf

Der Verein Kinder & Ko e.V. ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Der unterzeichnende Liquidator bitte alle Gläubiger des Vereins, auch solche, die dem Verein bereits bekannt sind, ihre Ansprüche innerhalb eines Jahres beim Liquidator, Herrn Adrian Kanisius, Adlerstraße 23, 22305 Hamburg, anzumelden.

Hamburg, den 17. Juni 2015

Der Liquidator

619